

Off the Record Brussels

Borrell versus Baerbock

Die Forderung nach einer Waffenruhe in Gaza spaltet Europa.

Der Schmerz, den Israel nach dem Angriff der Hamas verspürt, lässt sich von Europa aus kaum ermessen. Die Morde der Terroristen waren sadistische Exzesse, die Grausamkeit, der die Opfer, selbst Kinder, in den letzten Momenten ihres Lebens ausgesetzt waren, geht an die Grenzen der menschlichen Vorstellungskraft.

Wo Anteilnahme gefragt wäre, ergehen sich Teile der EU in mahnenden Appellen. Das Lager wird angeführt vom hohen Vertreter für Außenpolitik, Josep Borrell. Beim Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg am Montag stellte sich Borrell hinter UN-Forderungen nach einer Waffenruhe im Gazastreifen. „Wie können wir nicht darüber diskutieren?“, fragte er. Borrell weiß sein Heimatland Spanien hinter sich, auch Irland, Belgien und Luxemburg sympathisieren traditionell eher mit Palästina. Keine Frage, Israels Gegenschläge rufen neues Leid hervor. Die Forderungen nach einem Gewaltverzicht, nach einem Ende des Blutvergießens mögen menschlich erscheinen. Aber sie werden der komplexen Lage derzeit kaum gerecht. Wenn die Terrororgie vom 7. Oktober, der Tod von 1400 Israelis eines klargemacht hat, dann das: Die Hamas würde alles jüdische Leben im Nahen Osten vernichten, wenn sie die Möglichkeiten dazu hätte. Eine Koexistenz mit der Hamas ist für Israel unmöglich.

Es gibt deshalb ein zweites Lager in der EU, angeführt von Deutschland. „Es wird nur Frieden und Sicherheit in Nahost geben, wenn der Terror bekämpft wird“, entgegnet Außenministerin Annalena Baerbock Borrell. Diplomaten aus diesem Lager ermahnen Israel nicht, sie beschreiben es als „tief traumatisierte“ und „existenziell“ bedrohte Nation, der Europas Beistand gebührt. Ein Blick auf die Karte reicht, um diese Perspektive zu verstehen. Israel ist ein Land von kaum mehr als neun Millionen Menschen, umgeben von Hunderten Millionen Arabern, Teile davon offen feindselig. Die Sicherheit Israels beruhte bisher auf dem Nimbus der militärischen Unantastbarkeit. Diesen Nimbus hat die Hamas erschüttert. Für Israel geht es im Kampf gegen den Terror nicht nur darum, die Drahtzieher des 7. Oktober zu töten, sondern auch, die Abschreckungsfähigkeit, die Grundlage der nationalen Sicherheit, zu rekonstruieren.

Nach dem Terror der Hamas kollidiert der verständliche Wunsch nach Frieden mit dem Selbstverteidigungsrecht Israels. Wer dem Schweigen der Waffen Vorrang einräumt, schränkt die Möglichkeiten zur Terrorbekämpfung ein. Europa hat in diesem Spannungsfeld noch keine Position gefunden und wird voraussichtlich auch keine finden. Zu groß sind die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten, zu vorgeingnommen zentrale Figuren wie Borrell.

Der Kontrast zur Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine könnte kaum größer sein. Im Frühjahr 2022 rückte die EU zusammen. Im Herbst 2023 zerfällt sie in Lager. Das Ergebnis ist, dass die EU als diplomatischer Akteur im Nahen Osten keine Rolle spielt.



Der Autor **Moritz Koch** ist Leiter des Büros in Brüssel. Sie erreichen ihn unter: m.koch@handelsblatt.com

privat



IMAGO/ANE Edition, IMAGO/ANE Edition

Griechenland

Athen fordert flexiblere Defizitregeln

Die Ratingagentur Standard & Poor's hat Griechenland heraufgestuft. Der griechische Finanzminister Hatzidakis sieht darin einen Vertrauensbeweis – und eine Verpflichtung.

Gerd Höhler, Carsten Volkery
Athen, Brüssel

Für den griechischen Wirtschafts- und Finanzminister Kostis Hatzidakis ist eine anstrengende Woche gut zu Ende gegangen. Schwierige Beratungen im Haushaltsausschuss des Parlaments über das Budget 2024, ein strapaziöses Treffen der EU-Finanzminister – und über allem der Nahostkonflikt. Aber zumindest für die griechische Wirtschaft gibt es einen Lichtblick: Am Freitagabend stufte die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) Griechenlands Kreditwürdigkeit von BB+ auf BBB – herauf. S&P verleiht damit als erste der drei großen Agenturen dem Land wieder das Gütesiegel Investmentgrade, das es Anfang 2010 zu Beginn der Staatsschuldenkrise verloren hatte. „Wir sehen in der Heraufstufung einen Vertrauensbeweis, aber vor allem eine Verpflichtung, an unserer umsichtigen Finanz- und Wirtschaftspolitik festzuhalten“, sagte Minister Hatzidakis in Athen im Gespräch mit dem Handelsblatt.

Mit dem Upgrade geht Griechenland gestärkt in die entscheidende Phase der Beratungen zur Reform des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Defizit- und Schuldenregeln wurden in der Pandemie außer Kraft gesetzt, sollen aber 2024 überarbeitet wieder in Kraft treten.

Im Rat der EU-Finanzminister stehen sich zwei Lager gegenüber: Das eine, angeführt von Deutschland, pocht

darauf, dass hochverschuldete Länder ein bestimmtes Mindestmaß an Schulden abbauen müssen. Dafür brauche es verbindliche, numerische Jahresziele, sagt Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Das andere Lager, angeführt von Frankreich und Italien, will die Regeln möglichst flexibel gestalten, damit auch hochverschuldete Länder Spielraum für staatliche Investitionen haben. In diesem Lager steht auch Griechenland.

Das Land verzeichnet zwar weiterhin die höchste Schuldenquote in der EU, hat aber sein Haushaltsdefizit unter Kontrolle und die Verschuldung in den vergangenen Jahren rasant abgebaut. Im Corona-Jahr 2020 lagen die Schulden bei 206,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). „Ende dieses Jahres wird die Quote bei 159 Prozent liegen“, prognostiziert Finanzminister Hatzidakis.

Sonderregeln für Klimaprojekte, Infrastruktur und Verteidigung

Wichtig für den weiteren Schuldenabbau ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Hatzidakis wünscht sich deshalb mehr Spielraum bei den Defizitregeln. „Wir möchten, dass bestimmte öffentliche Investitionen, etwa in Klimaprojekte oder Infrastruktur, nicht in die Defizitkalkulation einfließen“, sagte der Minister.

Verteidigungsausgaben möchte Hatzidakis ebenfalls ausklammern. Dafür machen sich auch andere EU-Länder stark, sagte Hatzidakis. Er nannte als Beispiele Polen, Estland und

Litauen. „Es darf nicht sein, dass wir von der EU bestraft werden, weil wir unsere Nato-Verpflichtungen erfüllen“, begründete Hatzidakis.

Befragt nach den Fortschritten beim Finanzministertreffen in Luxemburg vergangene Woche, wurde der griechische Minister allerdings wortkarg. „Wir sind noch nicht sehr nah an einer Lösung“, sagte er. Die spanische Präsidentschaft bemühe sich zwar intensiv, bis zum Jahresende einen



Es darf nicht sein, dass wir von der EU bestraft werden, weil wir unsere Nato-Verpflichtungen erfüllen.

Kostis Hatzidakis
Griechischer Finanzminister

Kompromiss zu finden. Aber dass das gelingt, will er nicht prognostizieren.

Die Positionen zwischen den EU-Staaten liegen noch weit auseinander. Grundlage für die Reform ist ein Gesetzentwurf der EU-Kommission vom April. Er sieht vor, dass Brüssel künftig mit jedem Mitgliedstaat einen vierjährigen Plan zum Schuldenabbau vereinbart. Dabei sollen in einer Schulden-tragfähigkeitsanalyse individuelle Gegebenheiten wie das Wirtschaftswachstum, die langfristige Zinslast



Baustelle in Trikala, Finanzminister Hatzidakis: Die Wirtschaft soll weiter wachsen.

und die demografische Entwicklung des betreffenden Landes berücksichtigt werden. Am Ende der vier Jahre sollen die Schulden auf einem nachhaltig absteigenden Pfad sein. Die alte Regel, wonach die Schuldenquote in einem bestimmten Zeitraum auf 60 Prozent zu drücken sei, entfällt in dem Entwurf der Kommission.

Die griechische Regierung sei von einer umsichtigen Fiskalpolitik und der Notwendigkeit zum Schuldenabbau überzeugt, sagte Hatzidakis. „Wir müssen aber zugleich darauf achten, dass wir das Wirtschaftswachstum nicht durch übertriebene Restriktionen gefährden“, mahnte der Minister.

Griechenland liegt beim Wirtschaftswachstum in der Spitzengruppe der EU-Staaten. Nachdem das BIP im Corona-Jahr 2020 um 9,9 Prozent einbrach, wuchs die Wirtschaftsleistung in den beiden Folgejahren kumulativ um 14 Prozent. Eine Rezession ist nicht in Sicht. „Für dieses Jahr erwarten wir ein Wachstum von 2,4 Prozent, für 2024 gehen wir von drei Prozent aus“, sagt Hatzidakis. Auswirkungen des Nahost-Konflikts auf die Konjunktur sieht Hatzidakis bisher nicht, dafür sei es noch zu früh.

Wichtigste Wachstumstreiber sind neben dem privaten Konsum der Tourismus, die steigenden Exporte und die privaten Investitionen. Sie wuchsen seit dem Antritt der konservativen Regierung von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis vor viereinhalb Jahren um 44 Prozent. Die ausländischen Direktinvestitionen legten allein im vergangenen Jahr um 48 Prozent zu.

Niedrigere Unternehmensteuern

Hatzidakis sieht darin einen weiteren Vertrauensbeweis für die Politik der Regierung: „Wir haben die Unternehmensteuern von 28 auf 22 Prozent reduziert und die Sozialversicherungsabgaben gesenkt“, erläuterte der Minister. „Mit unseren Arbeitsmarktreformen haben wir den Schutz der Arbeitnehmer gestärkt und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft verbessert“, sagt Hatzidakis.

Bei den Wahlen im Juni konnte die regierende Nea Dimokratia ihre absolute Mehrheit im Parlament verteidigen, Premier Mitsotakis gewann eine zweite Amtszeit. „Wir bieten Investoren nicht nur den richtigen Politikmix, sondern auch politische Stabilität“, sagt der Finanzminister.

Trotz des rasanten Wachstums der vergangenen Jahre ist Griechenlands Wirtschaftskraft allerdings noch weit vom Niveau vor der Staatsschuldenkrise entfernt. Nach einer Studie der Eurobank wird das Land bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 2,2 Prozent noch etwa ein Jahrzehnt benötigen, bis inflationsbereinigt das Niveau von 2007 erreicht ist.

Was haben Bund und Länder mit der Grunderwerbsteuer vor?

Die Reform der Grunderwerbsteuer kommt nicht voran. Hauskäufer könnten durch eine Senkung viel Geld sparen – und warten daher ab. Die Baubranche bekommt das zu spüren.

Heike Anger, Silke Kersting Berlin

Endlich ein eigenes Haus kaufen oder eine Eigentumswohnung – oder doch noch abwarten? Mit dieser Entscheidung ringen derzeit viele Käufer von selbst genutztem Wohneigentum – und schieben sie oft auf. Ein wichtiger Grund: Die politische Hängepartie bei der Grunderwerbsteuer. Die Bundesregierung hat Reformen der Steuer versprochen, die beim Hauskauf fällig wird. Doch bislang tut sich nichts. Das lähmt Käufer. Denn es geht um viel Geld.

Beispiel: ein Haus in Beelitz bei Berlin. Es kostet rund 500.000 Euro. Bei einem Grunderwerbsteuersatz von 6,5 Prozent in Brandenburg muss der Erwerber 32.500 Euro an den Fiskus zahlen. Bei 3,5 Prozent wären es 17.500 Euro, also 15.000 Euro weniger.

Derzeit muss jeder, der in Deutschland eine Immobilie oder ein Grundstück zur Bebauung kauft, Grunderwerbsteuer zahlen. Die Einnahmen fließen den Bundesländern zu. Sie entscheiden über die Höhe. Der Steuersatz liegt je nach Bundesland zwischen 3,5 und 6,5 Prozent und wird auf den Kaufpreis fällig. Die finanzielle Belastung gilt als hohe Hürde auch für Menschen, die sich eine Immobilie zur Selbstnutzung kaufen wollen.

Mit Blick auf die hohen Nebenkosten beim Immobilienkauf hatten SPD, Grünen und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart, den Ländern eine flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer zu ermöglichen, zum Beispiel durch einen Freibetrag.

Doch bislang gibt es keine Neuregelung. Auf Anfrage beim zuständigen Bundesfinanzministerium von Christian Lindner (FDP) hieß es: Da die Zustimmung der Länder im Bundesrat erforderlich sei, könne die Flexibilisierung der Grunderwerbsteuer nur gemeinsam mit den Ländern umgesetzt werden. Das Ministerium habe im Juli einen Entwurf für eine gesetzliche Regelung vorgelegt und diesen mit ihnen erörtert. Zudem sei vom Bundesrat ein Vorschlag im Rahmen des Wachstumschancengesetzes eingebracht worden. „Das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren ist nun abzuwarten“, hieß es weiter.

Im Diskussionsentwurf des Bundesfinanzministeriums war von der Möglichkeit die Rede, für

Grunderwerbsteuer 2023

Steuersatz in Prozent und Höhe der Steuer bei einem Kaufpreis von 500.000 € in Euro

Steuersatz		Steuer bei 500.000 €
3,5 %	Bayern	17.500 €
5,0 %	Baden-Württemberg	25.000 €
5,0 %	Bremen	25.000 €
5,0 %	Niedersachsen	25.000 €
5,0 %	Rheinland-Pfalz	25.000 €
5,0 %	Sachsen-Anhalt	25.000 €
5,5 %	Hamburg	27.500 €
5,5 %	Sachsen	27.500 €
6,0 %	Berlin	30.000 €
6,0 %	Hessen	30.000 €
6,0 %	Mecklenburg-Vorpommern	30.000 €
6,5 %	Brandenburg	32.500 €
6,5 %	Nordrhein-Westfalen	32.500 €
6,5 %	Saarland	32.500 €
6,5 %	Schleswig-Holstein	32.500 €
6,5 %	Thüringen	32.500 €

HANDELSBLATT • Quellen: Haute Group, eigene Berechnung

17

Milliarden Euro nehmen die Bundesländer jährlich mit der Grunderwerbsteuer ein.

Quelle: Destatis

Selbstnutzer einen ermäßigten Steuersatz anzubieten oder einen Freibetrag einzuführen. Die Länder zögern jedoch: Mit mehr als 17 Milliarden Euro pro Jahr ist die Grunderwerbsteuer eine wichtige Einnahmequelle.

Bauträger und Projektentwickler spüren die Zurückhaltung der potenziellen Käufer immer stärker. Ihre Zahl sei in den vergangenen Monaten deutlich gesunken, der Verkauf gehe langsamer voran, erzählt Karin Stammer, Geschäftsführerin von First Home Wohnbau. Noch vor zwei Jahren galt es unter Projektentwicklern als völlig normal, dass Objekte während der Bauphase verkauft wurden. Durch hohe Verkaufspreise in Verbindung mit hohen Zinsen ist das nicht mehr selbstverständlich. „Was sich die Koalition mit der Debatte um die Grunderwerbsteuer leistet, ist ein Unending“, sagt Unternehmerin Stammer, die derzeit zwei Projekte im Berliner Umland vorantreibt.

Immobilienökonom Michael Voigtländer vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln sagte dem Handelsblatt: Die Aussicht auf eine Senkung eines Freibetrags „lässt Käufer abwarten, doch genau dies können wir aktuell nicht gebrauchen. Vielmehr bedarf es Anreize, Käufe vorzuziehen, damit wieder Schwung in den Wohnungsbau kommt.“ Voigtländer hält es für sinnvoll, die Grunderwerbsteuer für Neubauten ein Jahr lang auszusetzen. Das würde einen starken Anreiz für den Kauf von Neubauten im Jahr 2024 setzen – und die Ausgaben wären wahrscheinlich geringer als bei einem allgemeinen Freibetrag.

Seit die Länder den Steuersatz festlegen dürfen, haben ihn etliche kräftig erhöht. Die Spitzengruppe mit 6,5 Prozent bilden Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Schleswig-Holstein. Bei den einst einheitlichen 3,5 Prozent ist nur Bayern geblieben. Hamburg und Sachsen haben zu Jahresbeginn auf 5,5 Prozent erhöht. In Thüringen soll er zum Jahreswechsel von 6,5 Prozent auf fünf Prozent sinken.

Länder sollen Interessen zurückstellen

Der Diskussionsentwurf von Finanzminister Lindner vom Sommer „weckte große Erwartungen bei Verbrauchern“, sagte Florian Becker, Geschäftsführer des Bauherren-Schutzbundes BSB. „Doch die erhoffte Initiative der Länder blieb bisher aus.“

Dabei sind die Perspektiven für die Bauwirtschaft schlecht: Baugenehmigungen und Auftragsengpässe schrumpfen. Es herrscht akuter Fachkräftemangel. Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), bekräftigt, das Thema Wohnungsbau habe an Brisanz nicht verloren. Er sieht auch die Länder in der Pflicht. „Es ist absolut notwendig, dass die Bundesländer ihre Interessenunterschiede zugunsten einer bundesweiten Lösung zurückstellen, sonst wird es keinen spürbaren Impuls für den Neubau bezahlbarer Wohnungen geben“, sagte Müller. „Hierzu gehört neben der verbilligten Abgabe von öffentlichen Grundstücken für den öffentlichen Mietwohnungsbau auch die Absenkung der Grunderwerbsteuer.“

Der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) sieht eine Baukrise von „historischem Ausmaß“ und fordert die Senkung der Grunderwerbsteuer auf ein „investitionsfreundliches“ Niveau. Der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft ZIA möchte sogar ein „temporäres Aussetzen“ der Steuer auch für Investoren erreichen.

Auch aus der Opposition kommen Vorschläge. So fordert die Unionsfraktion, den Ländern die Möglichkeit zu geben, bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von 250.000 Euro pro Erwerbsnem und 150.000 Euro pro Kind für den Ersterwerb von selbst genutztem Wohneigentum einzuführen.